



WILHELMSHILFE<sup>⊕</sup>

## **Häusliche Pflege braucht verlässliche Finanzierung: Wilhelmshilfe e.V. und Diakoniestation Göppingen e.V. warnen bei Besuch von Hermann Färber, MdB, vor Versorgungsnotstand, wenn Tariflöhne nicht mehr refinanziert werden**

Göppingen, 03.07.2026: Die Wilhelmshilfe e.V. und die Diakoniestation Göppingen e.V. haben den Bundestagsabgeordneten Hermann Färber eingeladen, gemeinsam über die aktuellen Herausforderungen in der Pflege zu sprechen. Am 29.06.2026 fand das Treffen mit Vorstand Matthias Bär, Anna Hunkemöller (Bildungsreferentin) der Wilhelmshilfe e.V. und Jens Knödler, Geschäftsführer der Diakoniestation Göppingen e.V. in der Zentralen Verwaltung der Wilhelmshilfe statt. Hintergrund war der aktuelle GKV-Reformentwurf, der die vollständige Gegenfinanzierung tariflicher Lohnsteigerungen in der häuslichen Krankenpflege gefährdet. Die Verantwortlichen der regionalen Pflegeeinrichtung und ambulanten Diensten sehen in der derzeitigen Gesetzesfassung erhebliche Risiken für die Versorgungssicherheit und die Zukunft der Pflege.

### **Zielkonflikt**

Während des zweistündigen Besuchs informierte sich Hermann Färber über die angespannte Lage der regionalen Träger. Im Mittelpunkt der Kritik steht die geplante Einschränkung der Refinanzierung tariflicher Entlohnung. Für die Pflegeeinrichtungen steht dabei ein grundlegender Zielkonflikt im Raum: Einerseits werden tarifgerechte Löhne benötigt, um qualifizierte Pflegefachkräfte zu gewinnen und langfristig im Beruf zu halten. Andererseits droht ohne eine verlässliche Refinanzierung durch die Krankenkassen ein Defizit, das die wirtschaftliche Grundlage vieler ambulanter und stationärer Pflegeanbieter erheblich schwächen könnte.

Die Wilhelmshilfe und die Diakoniestation sehen darin ein Risiko für die Versorgungssicherheit in der Region. Wird die Finanzierung an die Grundlohnrate gekoppelt, werde die Pflege strukturell unterfinanziert. Eine Deckelung der Ausgaben könne zwar kurzfristig zur Stabilisierung der Beiträge beitragen, schwäche jedoch langfristig die Versorgung. Einsparungen führten dabei nicht zu echten Effizienzgewinnen, sondern zu Kostenverschiebungen im System. Langfristig könnten Versorgungsangebote eingeschränkt werden, obwohl der Bedarf an Pflegeleistungen weiter steigt.

Auch für die Kund\*innen und Bewohner\*innen sehen die Einrichtungen konkrete Risiken: Steigende Eigenanteile könnten dazu führen, dass notwendige Pflegeleistungen seltener in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig drohten Versorgungsengpässe.

### **Auswirkungen auf die Versorgung**

Ein Rückgang von Angeboten der ambulanten Dienste oder wirtschaftliche Schwierigkeiten einzelner Träger könnten dazu führen, dass pflegebedürftige Menschen länger auf Unterstützung warten müssen. Trotz wachsender Nachfrage wären die Versorgungskapazitäten verringert. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass vermeidbare

Krankenhausaufenthalte zunehmen und damit zusätzliche Belastungen für das Gesundheitssystem entstehen.

Auch in der stationären Pflege werden mögliche Folgen befürchtet. Steigende Eigenanteile für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie ein wachsender Druck auf die Einrichtungen könnten die ohnehin angespannte Situation weiter verschärfen. Dies hätte Auswirkungen auf die Gewinnung und Bindung von Fachkräften sowie auf die langfristige Sicherung einer hochwertigen Versorgung.

Die Wilhelmshilfe und die Diakoniestation betonen, dass Pflege nicht als reiner Kostenfaktor betrachtet werden darf. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der gesundheitlichen und sozialen Daseinsvorsorge. Um die Versorgung der Menschen auch künftig sicherzustellen, sprechen sich die beiden Träger für gesetzliche Regelungen aus, die eine verlässliche und vollständige Refinanzierung tariflicher Löhne gewährleisten.

Im Gespräch mit den Verantwortlichen kündigte Hermann Färber an, die vorgetragene Anliegen in den zuständigen Ausschuss auf Bundesebene weiterzutragen. Die Wilhelmshilfe e.V. und die Diakoniestation Göppingen e.V. werden den weiteren Gesetzgebungsprozess aufmerksam begleiten und sich weiterhin für tragfähige Rahmenbedingungen in der Pflege einsetzen.